

Der Verbandspreis... Redakt., Exped. u. Verl.: ...

Zum Jahreswechsel.

Von Pfarrer Emil Felben.

Weihnachten liegt hinter uns, das schöne Fest, auf das sich unsere Kinder ebenso wie auch wir Erwachsenen lange gefreut hatten.

Genau so, wie es mit dem alten gewesen ist. Was hat es uns gebracht? Viele Sorgen, manchen Kummer neben einigen Freuden und frohen Stunden.

Wird das neue Jahr anders sein als das alte? Wer hoffte nicht darauf? Und doch wissen gerade wir Sozialisten, daß es nicht wesentlich verschieden von den dahingeschwundenen sein kann.

Ist dies nicht ein Grund zum Verzagen? — Nein! Wir Sozialisten verzagen nicht. Wir wissen, daß diese kapitalistische Zeit mit ihrem Hinauf und Hinab eine Durchgangszeit ist.

Der Sozialismus will Zustände schaffen, die es jedem Menschen ermöglichen, wahrer Mensch zu sein und es immer mehr zu werden.

Das Leben schenkt uns nichts. Was es uns in den Schoß wirft, taugt in den allerersten Fällen. Nur das, was wir ihm bringen in hartem Kampf, hat bleibenden Wert.

Wir können heute nicht einmal sagen, ob die Krise schon ihren Höhepunkt erreicht hat oder nicht. Um das zu können, müßten wir über die tatsächliche in der Volkswirtschaft gezahlten Löhne und Gehaltssummen, Gewinne usw. auf der einen, die Produktionsverhältnisse auf der anderen Seite, und über eine genauere Kenntnis der Zusammenhänge dieser Produktion mit Rücksicht auf den Bedarf verfügen.

gestalten. Wenn wir so außer Acht lassen die großen Marktschwankungen, dann haben wir genug getan und unter Dasein finanziell gestaltet. Das genügt uns."

Ja, das neue Jahr wird uns Schweres bringen, wird Freude und Leid in bunter Mischung über uns ausschütten. Aber wir fürchten uns nicht. Im festen Glauben an eine bessere, an die "neue Zeit" arbeiten wir an ihrer Herbeiführung.

„Die Vorgeschichte geht zu Ende, Es rückt heran die Weltumwälzung. Ein neuer Morgen will nun werden: Der Menschheit Frührot glüht auf Erden!" (Jacoby.)

1926

Mag uns ein Jahr auch Lebles bringen: Uns schrecken seine Schrecken nicht. Wir schwingen uns mit jungen Schwingen ins neue Jahr, ins neue Licht.

Mag uns ein Jahr ein Böllwerk nehmen: Wir ruhen nicht in stiller Bucht. Ein Sturz kann unsre Kraft nicht lähmen, Denn wir verdoppeln ihre Wucht.

Mag uns ein Jahr Errungnes rauben: Wir holen es mit Tapferkeit zurück. Denn nichts erschüttert unsern Glauben An ein gerechteres Geschick.

Mag uns ein Jahr zu Boden schlagen: Wir springen federnd wieder auf Und sammeln ohne Furcht und Zagen Uns zu erneutem Siegeslauf.

Mag uns ein Jahr die Tage dunkeln: Das Morgenrot ist uns gewiß. Denn unsre Siegessterne funkeln Auch in der tiefsten Finsternis.

Mag uns ein Jahr des Drangs mißglücken: Wir meistern Angriff und Gefahr Und schreiten über Hoffnungsbrücken Vom alten in das neue Jahr.

Victor Kallnowski.

Die Liquidation der Wirtschaftskrise.

Von Prof. E. Lederer-Heibelberg.

Die deutsche Wirtschaft feiert ein trauriges Neujahr. Schon Anfang Dezember 1925 wurden mehr als 600 000 unterstützungsberechtigte Arbeitslose gezählt, neben den bereits ausgefeuerten und den zahlreichen Angehörigen, welche in der Zeit überhaupt kein Recht auf eine Unterstützung genießen, und zu Ende des Jahres erwartet man weitere Entlassungen.

Wir können heute nicht einmal sagen, ob die Krise schon ihren Höhepunkt erreicht hat oder nicht. Um das zu können, müßten wir über die tatsächliche in der Volkswirtschaft gezahlten Löhne und Gehaltssummen, Gewinne usw. auf der einen, die Produktionsverhältnisse auf der anderen Seite, und über eine genauere Kenntnis der Zusammenhänge dieser Produktion mit Rücksicht auf den Bedarf verfügen.

haben. Der Weltmarkt hat die letzten Jahre über sich hinweggeschaukelt, und die letzten drei bis vier Jahre hat er sich in Deutschland im Verhältnis zum Verbrauch maßlos angewidert. Das hindert ihn freilich nicht, in demselben Programm der Auflösung der Kartelle entgegenzutreten, weil diese, zwar vielleicht vorübergehend — warum nur vorübergehend? — die Preise ermäßigen, gleichzeitig aber Produktionsmittel verknappen und Arbeitslosigkeit herbeiführen würden.

Deute steht also die Situation so, daß sich die ganze Liquidation der Krise unter der Kontrolle der Banken nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten vollzieht. Das ist auch in einer privatkapitalistischen Wirtschaftsorganisation natürlich. Wir können nicht erwarten, daß andere Maßstäbe angewendet werden. Aber wir haben leider keine Gewähr dafür, daß die Krise nunmehr, da sie durch Krieg, Inflation und Verschleppung so übermäßig hart geworden ist, so zweckmäßig und rasch als möglich saniert wird.

Die Hemmnisse gegen eine rasche Sanierung liegen vor allem in zwei Punkten: 1. Das wichtigste Mittel, um die Rationalisierung zu erzielen, ist in der Krisenzeit die Steigerung des Zinsfußes bzw. die Drosselung des Kredits überhaupt. Welche Maßnahmen führen das verfügbare Kapital bei richtiger Kreditpolitik den besten Unternehmungen zu, und man erwartet normalerweise, daß diese sich der neuen Situation, d. h. der gesunkenen Kaufkraftfähigkeit des Marktes, durch Verbesserung der Produktion, insbesondere Herabsetzung der Kosten, anpassen. Bei dieser Erwartung vertraut man dem automatischen Gang des Wirtschaftlebens. Dieser Automatismus setzt aber freie Konkurrenz, welche in der Krisenzeit die Preise wirft, und darüber hinaus fähige Unternehmer voraus. Die gesunkenen Preise stellen einen starken Anreiz, ja geradezu einen Zwang zur Verbesserung der Produktion dar. In Deutschland hingegen sind gegenwärtig die Preise keineswegs erheblich gesunken, jedenfalls noch nicht so weit, als daß dadurch eine Belebung der Ausfuhr eintreten könnte. Außerdem ist doch die Tendenz zur Senkung der Löhne und Gehalte unverkennbar. So bleibt als einziges Druckmittel für die Rationalisierung der hohe Zinsfuß, der aber überall dort eben nicht wirkt, wo die Löhne entsprechend gesenkt werden können und so die Konkurrenz durch die Kreditrationierung aus dem Markt geworfen wird, bzw. durch die Kartellierung von vornherein abgeschwächt war. Aus diesen Gründen erklärt sich wohl die Hartnäckigkeit und die lange Dauer der Krise, und sie lassen die Befürchtungen auf weitere Dauer und Verschärfung nur zu berechtigt erscheinen.

2. Es ist die Frage, ob die bisherige Auswahl derjenigen Unternehmungen, welchen Kredite zugewendet wurden, von den Banken, immer in richtiger Weise getroffen wurde. In der Zeit ist diese Auswahl ja ein sehr schwieriges Problem, da es Unternehmungen, welche an sich richtig organisiert waren, denen es wirklich nur an Betriebskapital mangelte, innerhalb Deutschlands wohl nur sehr wenige gegeben haben mag. Wie leiblich im „Magazin der Wirtschaft“ mit Recht hervorgehoben wurde, war es ja nicht nur der Mangel an reinem Betriebskapital, der diese schwere Krise hervorgerufen hat. Wenn alle Unternehmungen in der richtigen Weise konstruiert gewesen wären, d. h. nicht einer technischen Neuorganisation bedürftig hätten, dann hätte das Weitertreiben der Inflation bis zum Nullpunkt zwar die Preise nicht verhindern können, aber es hätte doch bloß zu einer reinen Betriebsmittelkrise geführt. Diese konnte ohne wesentliche Störung des Preisniveaus durch Ausgabe von Zahlungsmitteln und Gewährung von Krediten saniert werden, da ja die Inflation die bisherigen Eigentümer des Betriebskapitals enteignet und also deren Kaufkraft vernichtet hatte. Man zeigte sich aber, daß die seit 1924 notwendigen und bereitgestellten Kredite nicht nur zur Lohnzahlung, Rohstoffbeschaffung usw., also als Betriebskredit, notwendig waren, sondern daß darüber hinaus Investitionen zur inneren Umstrukturierung der Betriebe notwendig wurden. Die Bemühungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die kurzfristigen Auslandskredite in langfristige zu konvertieren, gewinnen von diesem Gesichtspunkt aus erhöhte Bedeutung. Die Banken mußten also nicht nur Unternehmungen durch rasch zurückfließende Geldüberschüsse flottmachen, sondern tatsächlich Anlagekapital zur Verfügung stellen, wenn dieses auch rechtlich als kurzfristige Betriebsmittel geliehen wurde. Um nun beurteilen zu können, welche Unternehmungen dieser Neufinanzierung, wenn man so sagen kann, würdig seien, hätten sie wohl eine genauere Kenntnis der Arbeitsbedingungen und der für den heutigen Markt notwendigen Produktionsformen haben müssen, als irgendeine Stelle in Deutschland besitzt. So ist es also fraglich, und angesichts des großen Einflusses, den gerade Unternehmungen mit breiter Kapitalbasis auf die Banken besitzen, doppelt fraglich, ob die Kredite überall in die richtigen Kanäle geleitet wurden. Wenn man überlegt, daß das Hindenburg-Programm auf der einen Seite, die ungeheuerlichen Investitionen während des Ruhrkampfes auf der anderen Seite, geradezu Rammutriebe mit behebendem wirtschaftlichen und politischen Einfluß geschaffen haben, so wird man die Behauptung nicht unterdrücken können, daß auch vollkommen aussichtslosen Unternehmungen oder aber verhältnismäßig zu vielen Unternehmungen derselben Industrie in den letzten Monaten, schließlich mit negativem Effekt, Kredite zufließen.

So zeigt sich neuerdings, daß die gewaltigen Aufgaben, welche in dem Sanierungsprozeß der deutschen Wirtschaft gegenwärtig zu lösen sind, ohne einen genaueren Überblick über den Wirtschaftszustand und ohne eine überlegene Leitung der Kreditmaschine nicht richtig angepackt werden können, bzw. dann eben auf dem Rücken der Arbeiter und Angehörigen gelöst werden müssen, deren verlängerte Arbeitslosigkeit und gesunkenes Lebensniveau zu einer systematischen und beschleunigten Rationalisierung der Kredite führen müssen.

Das Wirtschaftsprogramm der deutschen Industrie.

Die angekündigte Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist vor einigen Tagen der Öffentlichkeit übergeben worden. Man konnte gespannt sein, was eine so große Körperschaft und ein so wichtiger Teil der deutschen Wirtschaft zu den aufwühlenden Problemen der Gegenwart zu sagen hat. Das Wirtschaftsjahr 1925 schließt mit einem schrillen Misston, die Konjunktur geht in fast allen Industriezweigen mächtig nach unten, die Arbeitslosenziffern steigen in noch nie gesehnen Sprüngen, kurzum, die Aussichten an der Jahreswende sind sehr trübe. Hier erwartet man, daß wirkliche Wirtschaftsführer vor die Front treten und gangbare Wege aus diesem Chaos weisen. Und da die Meinung des Reichsverbandes der deutschen Industrie als der Inbegriff aller Volkshandigen, was Wirtschaftsführung anbelangt, zu gelten hat, hätte man in einer Denkschrift von 67 Quartseiten brauchbare Vorschläge erwarten können. Man ist nach dem Studium derselben enttäuscht, weil man nicht viel findet, was man vorher nicht wo anders schon gelesen hat. Im Ton unterscheidet sich das Wirtschaftsprogramm zu seinem Vorläufer von der Denkschrift vom 12. Mai 1925, was immerhin zu begrüßen ist.

In der Einleitung der Denkschrift wird auf die Wirtschaftsgestaltung im allgemeinen hingewiesen. Bezüglich der Organisation der deutschen Wirtschaft wird gesagt: „Wir müssen den Produktionsapparat, der während des Krieges und in der Nachkriegszeit eine nicht im Verhältnis zum Verbrauch stehende Ausdehnung erfahren hat, in organischer Weise, entsprechend dem verkleinerten Betriebskapital und verengten Absatzmarkt, einschränken. Die Industrie wird auch alle Möglichkeiten der Rationalisierung anwenden, um auf diesem Wege möglichst große Fortschritte zu erzielen.“ Dagegen läßt sich nichts einwenden, wenn wir uns auch darüber klar sein müssen, daß eine Modernisierung und Rationalisierung der Industrie vorerst und vorübergehend zum Schaden der Arbeiter und Angestellten ausfallen kann. Denn letzten Endes hat eine Verbesserung des Produktionsapparates die Erparnis von Arbeitskräften zur Folge, was sich in Amerika bei der dortigen Knappheit von Arbeitskräften zum Segen ausgewirkt, hier aber bei einem Zuviel von Händen zum Nachteil werden kann. Doch komme, was da volle: nur eine modernisierte Produktion vermag die Anforderungen zu erfüllen, die an sie gestellt werden.

Ein großer Teil der Denkschrift wendet sich gegen die Finanz- und Wirtschaftspolitik der öffentlichen Körperschaften. Es wird eine fühlbare Steuererleichterung verlangt und Reich, Staat und Kommunen die größte Sparfamkeit empfohlen. Eine gewisse Berechtigung dieses Wunsches ist nicht von der Hand zu weisen, denn es sollen normalerweise nicht mehr Steuern erhoben werden, als unbedingt gebraucht werden. Der Reichsverband der deutschen Industrie kritisiert vor allem das Anwachsen des Behördensystems, wodurch allein beim Reich eine Vermehrung der Beamtenzahl von 1920/1921 auf 94.500 im Jahre 1925 erfolgte. Eine enorme Reduzierung soll hier erfolgen, um die Rationalisierung zu fördern. Allerdings wird nicht gesagt, was aus den entlassenen Beamten werden soll, wo sie unterkommen sollen, wenn beispielsweise die Zahl der beschäftigungslosen Angestellten der Industrie und des Handels gegenwärtig mehr als 100.000 und der Arbeiter über eine Million beträgt. Um Reich, Staat und Länder zu größter Sparfamkeit zu zwingen, wird in fatergerischer Form u. a. folgendes verlangt:

Die zukünftigen Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden bedürfen einer durchgreifenden Vereinigung mit dem Ziel, die Gesamtausgaben gegenüber den Einnahmen 1924 um mindestens 20 Proz. zu kürzen. Das Steuerwesen als solches und in seiner Verwaltung muß wesentlich vereinfacht werden. Die zu erhebenden Steuern dürfen insgesamt die Erzielung einer Rente nicht vereiteln. Sie müssen darüber hinaus einen Betrag zur Kapitalbildung freilassen. Die noch bestehende Steuerfreiheit der öffentlichen Betriebe muß beseitigt werden. Alle Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungswesens, sind zu beseitigen und die betreffenden Behörden aufzulösen. In der Wohnungswirtschaft mit der behördlichen Mietsfestsetzung und Wohnungszuteilung sehen wir eines der größten Hemmnisse für die Wiederherstellung des inneren Marktes.

Dieser kurze Auszug aus den Vorschlägen, die die Industrie zur allgemeinen Finanz- und Wirtschaftspolitik macht, beweist, daß der Reichsverband gewillt ist, aus der Ganze zu gehen. Es wird eine radikale Einschränkung der Einnahmen verlangt. Wie dies im einzelnen geschehen soll, wird verassen mitzuteilen. Das A und O dabei ist, die Steuern zu vermindern. Die deutsche Industrie ist nicht, wie beispielsweise die englische, Jahre und Jahrzehnte hinaus zur Steuerzahlung erzogen worden. Man war es gewohnt, in Dreiklassenparlamenten und anderen real-

tionären Anleihen Steuern zu beschließen, die der Plebs zu leisten hatte. Nun kann auch der Plebs nicht mehr geschont werden, deshalb schreit man Peter und Paul. Es ist aus diesem Grunde nicht zu verwundern, wenn in den Vorschlägen jede Anwendung auf die Höhe der Massensteuern, wie z. B. der Umsatzsteuern usw., fehlt. Verringerung der öffentlichen Betriebe. Eine Forderung, die von jener Seite immer dringlicher erhoben wird, um dieser Art Betrieben das Leben zu erschweren. Sonst betonte man, daß nur die Privatwirtschaft billig und gut zu arbeiten vermöge. Jetzt, wo staatliche und kommunale Betriebe zeigen, daß sie ebenfalls erfolgreich arbeiten können, will man jede Bevorzugung verhindern, denn das Volk könnte ja einmal billiger mit Gas, Wasser oder Elektrizität beliefert werden, was verhindert werden muß. Daß man gegen die Wohnungswirtschaft tobt, ist in diesen Kreisen nicht verwunderlich, weshalb wir uns auch nicht dagegen wenden wollen. Wie aber eine stärkere Mietsbelastung des Volkes zur Wiederherstellung des inneren Marktes führen soll, bleibt ein Geheimnis der Verfasser der Denkschrift.

Bezüglich der sozialen Belastung wird verlangt, daß die Belastung der jeweiligen Wirtschaftslage angepaßt werden soll. Ferner soll ein Gesamteinkommen festgestellt werden, aus dem der Stand der Belastung im voraus ersehen werden kann. Es soll also die Sozialpolitik noch mehr als bisher zum Kampfpunkt der politischen Kräfte gemacht werden; denn auf nichts anderes wird die behördliche Kasse der zu erwartenden Ausgaben hinauslaufen. Zum anderen ist es unumgänglich, über die Höhe und das Ausmaß der Sozialpolitik die jeweilige Wirtschaftslage entscheiden zu lassen. Wir müssen uns hiergegen entscheiden werden.

Ueber den Arbeitslohn und die Arbeitszeit heißt es in der Einleitung, daß der Lohn sich nach der Leistung zu richten habe. Nominelle Lohnhöhungen bedeuten keine Stärkung der Kaufkraft. Diese muß vielmehr in der durch erhöhte Leistung und rationelle Betriebsführung ermöglichten allgemeinen Verbilligung der Arbeitsprodukte gesucht werden. Tarifverträge müssen dem Leistungsprinzip angepaßt werden. Jede Schematisierung ist zu vermeiden. Eine allseitige Bestimmung der Löhne durch den Staat widerspricht den natürlichen Erfordernissen einer gesunden Wirtschaftsführung und ist daher zu vermeiden. Der Mindestlohn ist nicht schematisch anzuwenden. Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit der Belegschaft darf durch öffentlichen Zwang nicht unterbunden werden. — Soweit die Denkschrift. Es sind alle Kamellen, die hier zum besten gegeben werden. An dieser Stelle waren sie schon des öfteren Gegenstand eingehender Kritik, weshalb es nicht notwendig erscheint, hierbei länger zu verweilen. Der Haupteffekt ist auf die Nichterreichung des Staates in Arbeitszeitfragen gelegt, also Abschaffung der Schlichtungsinstanzen, der Verbindlichkeitsklärung usw. Das alte Lied, nicht wert, sich darüber aufzuregen!

Daß die deutsche Industrie für Abbau der internationalen Zollmauern, insbesondere des europäischen Wirtschaftsgebietes eintritt, soll hier mit Vergnügen festgehalten werden. Hauptsächlich fürchtete der Reichsverband, daß alle Sorten der Industrie, auch die rabiaten Schutzöllner von Eisen und Stahl, sich diesen Standpunkt zu eigen machen. — Die Rationalisierung und Typisierung wird energisch empfohlen und dabei beste Ausbildung des Nachwuchses der Beamten und Arbeiter gefordert. Die Konzentration der Industrie wird gutgeheißen und Verringerung aller staatlichen Hindernisse verlangt. Die Kartellierung bestimmter Industrien wird als unentbehrlich erachtet. Internationale Kartelle sollen ein geeignetes Mittel sein, Verbindung auf dem Weltmarkt zu erreichen.

Es ist schwer, eine so umfangreiche Arbeit, die alle Gebiete der Finanz- und Wirtschaftspolitik umfaßt, in einem Aufsatz zu behandeln. Dennoch glauben wir, daß Wesentlichste vom Standpunkt der Gewerkschaften aus gesagt zu haben. Wie bereits eingangs bemerkt, befinden sich nicht viel neue Gedanken in der Denkschrift. Sie ist einseitig auf den Standpunkt der Unternehmer zugeschnitten. In vielen Punkten ist sie eine Auflage gegen ihre eigene Wirtschaftsführung. Denn wenn man eingesteht, daß der Produktionsapparat der deutschen Industrie keineswegs den Anforderungen entspricht, so muß darauf hingewiesen werden, daß die Unternehmer es in der Hand hatten, hier längst Abhilfe zu schaffen. Sie haben ihren Apparat vollständig verkehrt aufgezogen, wo sie doch für sich eine umfassende Sachkenntnis in Anspruch nehmen. Den Arbeitern und Angestellten wird empfohlen, am Aufbau der Wirtschaft, wie er drüben verstanden wird, mitzuarbeiten. Die Gewerkschaften dürften zu dieser Mitarbeit bereit sein, allerdings sind sie nicht gewillt von den Rechten der Arbeiter etwas preiszugeben. Es liegt u. E. einem Neuaufbau der Wirtschaft nichts im Wege, wenn die Rechte der Arbeiter und Angestellten in allen Teilen gewahrt werden. Die Unternehmer sollten nach dem Motto verfahren, daß sie in der Denkschrift dem Handel empfehlen:

„Großer Umsatz — kleiner Nutzen“ und ihre Sonderwünsche zurückstellen; dann sollte es mit dem Teufel zugehen, wenn sich die deutsche Wirtschaft nicht erholen sollte. In den Arbeiter und Angestellten soll es bestimmt nicht liegen, wenn auch ihnen, als der beste Teil der deutschen Volkswirtschaft, das Recht auf Leben eines Kulturmenschen zuerkannt wird.

Frankenfall und Preiserhöhung.

In Frankreich beginnt jetzt der Wettlauf von Inflation, Preiserhöhung und Lohnerhöhung in sein akutes Stadium einzutreten, bevor der Finanzbau mangels einer alle Teile befriedigenden Lösung in die Verhältnisse Deutschlands von 1922 bis 1923 auseinanderfällt. Nimmt man 100 als Basis von 1914, so ist ein ungefähres Stundhalten des Inflations- mit dem Lohnerhöhungsbeginn nur gegen Ende des Krieges zu bemerken gewesen, als es der französischen Regierung darauf ankam, die Stimmung im Lande zu heben und den Aerger über die schlechten Vorkriegslöhne wieder etwas auszugleichen. Bei Kriegsende stand der Lebensmittelpreis auf 210 und der Lohnindex auf 195 bei auskömmlicher Hoffnung auf eine halbige Preislenkung der Waren. Aber drei Jahre später ergaben sich bereits die folgenden Riesen: Inflation 36 Milliarden, Lebensmittelpreis 402, Lohn 375, und für augenblicklich lauten sie: Inflation 66 Milliarden, Lebensmittelpreis 600 und Lohnerhöhung 425.

In Frankreich spielt das Brot eine weit wichtigere Rolle noch als in Deutschland. Brot und Wein ist für den Franzosen, was für den Deutschen Kartoffeln und Bier bedeutet. Also stürzten sich die unberufenen Spekulanten schon seit Jahren vor allem auf das Mehl, da sich besonders nach dessen Preis auch die Preisgestaltung der übrigen Lebensmittel und Waren richtet. Man erlebt da in Frankreich die Tatsache, daß die Waren um so teurer werden, je mehr davon da ist. Der alte ökonomische Grundsatz, daß eine Ware um so billiger ist, je mehr von ihr auf dem Markt erscheint, springt aus den Augen. Denn je mehr Spekulationsmasse die Spekulanten vorfinden, um so sicherer gelingt ihnen eine Verteuerung des Brotes. All ihre Hoffnungen, die Ernte würde schlecht ausfallen, ist in Frankreich genau so enttäuscht worden wie in Deutschland. Die Ernte von 1925 hatte 16 Millionen Zentner Getreide mehr erzeugt als die des Vorjahres. Also steigen die Preise. Denn Frankreich ist auch noch auf Getreideimport angewiesen, und so blieben hunderte von Millionen ausländischen Getreides in Valenciennes und Dunkerque unabgeladen liegen, und so erlebte man zur Verhinderung von Getreidelieferungen Mühsperren der Arbeiter, als nach falschen Vorhersagen eine Untersuchung im Hafen von Saint Nazaire eine Waive von 30 Franken pro Zentner (von 30 Centimes pro Kilogramm Brot) herbeizuführen begann.

Aber ebenso stürzten sich die gleichen Leute auch auf das inländische Getreide. Vom Moment des ersten Dreschens an überflutet ein Heuschreckenschwarm von Wälkern alle Anhöfen kleiner Erzeuger, um die Ernte des ganzen Jahres zu lächerlichen Preisen aufzukaufen. Sie tanzen auf dem Unglück der wenig bemittelten kleinen Getreidebauern, die oft so arm sind, daß sie buchstäblich ins Gras beißen. Es gibt da Hunderte und Aberhunderte kleiner Landbesitzer, die vor Armut ihr Getreide roh verzehren. Diese Kleinbauern zahlen mangels Geld das Brot beim Bäcker mit Getreide und Steden obendrein bei ihm noch vielfach in Schulden. Der Bäcker andererseits drängt darauf, das Getreide im Moment der Ernte zu erhalten, weil dann der Preis besonders billig ist. So verkauft also der Getreidebauer sein Korn zum billigsten Preis, um sein Brot zum teuersten zu essen.

Daneben stehen natürlich auch Besitzer großer Getreidespeicher, die es im Zurückhalten ihrer Ware und in der Kunst spekulativen Preissteigerens zur höchsten Form gebracht haben. Sie operieren damit, daß sie nicht mehr billig verkaufen können, weil das Pfund Sterling auf 126 steht, daß also dementsprechend auch der Weizenpreis steigen müsse, der seit etwa drei Monaten 1,60 Franken pro Kilo beträgt. Aber als sie 1921 ihren Reichtum und die Düngeleinlagen und den Landarbeitern ihren Lohn gaben, da war das englische Pfund nur auf 80 Franken.

Man erwägt nun, auf den Senat zu drücken, daß er das von der Kammer bereits angenommene Gesetz einer Erklärung der Getreidebehörden ebenfalls billigen möge, man erwägt ein Verbot der Verfüttung von Getreide an Tiere, die Verpflegung schnelleren Dreschens zum Kampfe gegen die Speulanten, die an der Handelsbörse auf die wichtigste Volksnahrung wie auf Herberemplätzen spielen, die Schaffung einer staatlichen Manderemasse zur Herbeiführung niedriger Importpreise. Man erwägt und man handelt nicht. So haben die Interessenten alle Möglichkeiten, in Ruhe abzulassen auf die Preissteigerung. Als vor einigen Tagen sehr große Rückschläge den Weizenpreis um 4 Franken pro 100 Kilogramm herabzudrücken drohten, da

Genie und Klasse.

Es scheinen die ausgeprochensten Gegensätze zu sein: Genie und Klasse. Beide haben für so viele Menschen eine geradezu entgegengesetzte Bedeutung, und daher kommt es, daß auch sonst wohlmeinende Gegner, wenn sie einseitig im Geistigen groß geworden sind, das Bestreben einer unterdrückten Klasse um Befreiung für ungerechte Einseitigkeit halten, die zu verurteilen sei.

Der wirtschaftliche Herrrenten, der nur seine eigenen Interessen und die seiner Klasse vertritt, kann sich nicht wundern, wenn seinem Klassenkampfe ein proletarischer Klassenkampf entgegensteht. Er zwingt ja durch die einseitige Wahrung seiner Klasseninteressen die unterdrückte Klasse zu einem eigenen Klassenkampfe. Und für geistige Werte des Wirtschaftens hat dieses wirtschaftliche Herrrentum kein Interesse.

Doch ist nun dieser wirtschaftliche Befreiungskampf des Proletariats auch jedes geistigen Momentes bar, wie es der geistige Mensch von innerem Kampfe denkt? Ist dieser einseitige Kampf um wirtschaftliche Entwicklung nun das gerade Gegenteil vom Geniale, das doch das höchste Geistige darstellt?

So wäre es, wenn der Klassenkampf Selbstzweck wäre, wenn der Klassenkampf um seiner selbst willen da wäre ohne jedes weitere, höhere Ziel, wenn die Klasse für alle Zukunft nur an sich hätte und an ihr eigenes Wohl. Aber der Klassenkampf hat ein großes Ziel. Er erstrebt eine klassenlose Welt. Er hat eine große historische Aufgabe. Er will weltgeschichtlich sein, und in dieser klassenlosen Gemeinschaft liegt seine große kulturelle Aufgabe. Mit diesem großen Ziele einer klassenlosen Welt bereitet der Klassenkampf eine neue hohe, geistige, geniale Welt vor.

Ueber das Genie ist viel geschrieben worden. Das Genie selber hat sich darüber ausgesprochen. Recht klar sagt der Philosoph Schopenhauer die Definition des Genies, wenn er sagt: „Genialität ist nichts anderes als die vollkommenste Objektivität“. Objektivität aber nennt Schopenhauer die objektive Richtung des Geistes, entgegen der subjektiven, auf die eigene Person, das ist den selbsttätigen Willen gebunden.“

Diese Definition zeigt uns, daß gerade die Welt, die von den nur Geistigen als die herrliche geistige Welt gefühlt und bezeichnet wird, das gerade diese kapitalistische Welt vollständig ungenial ist. Denn es ist eine Ordnung des Zusammenlebens, die in höherem Maße vom subjektiven, auf die eigene Person sich erhehenden, das heißt selbsttätigen Willen beherrscht wird, als es im Kapitalismus der Fall ist? Ist in einer Ordnung weniger der objektive, also geniale Geist wirksam als im Kapitalismus?

Der Klassenkampf des Proletariats ist damit nicht nur ein sich selbst, auch wenn er kein höheres Ziel hätte, ein notwendiges Produkt dieser subjektiven Welt. Er ist auch die Befreiung der Welt von der Subjektivität zur Genialität,

weil er der Welt durch die klassenlose Gemeinschaft die Objektivität bringen wird, deren reinste Vollendung Genie bedeutet.

Ein selbsttätiger Mensch kann niemals genial sein. Der geniale Mensch kennt nicht sich, sondern nur die Aufgabe, die er zu erfüllen hat. Er erfüllt seine Aufgabe auch nicht aus Selbstsucht und Eitelkeit, sondern nur um der Aufgabe willen. Der geniale Mensch geht liebend auf in seinem Werke. Er verbindet sich mit der Idee, die hinter dem Ganzen steht. Er ist der Träger des Gedankens der Welt, des Sinns der Entwicklung. Er ist darum hinausgewachsen aus allem Persönlichen, aus jedem Interesse. Er kennt das Eine, das Bindende, das Liebende, das Große allein.

Zahlreiche Genies gingen unter — darüber ist sich die Genieforschung klar — weil die Subjektivität der Welt stärker war als sie selber. Aber einige Genies hat uns die Geschichte geschenkt. Sie sind einjame Ränder der großen Geistigkeit, die da kommen soll. Gemeinschaftlich soll die Welt sein, damit, frei von Interesse, die Idee herrscht. Klassenlos soll sie sein, damit ohne Subjektivität Genie werde. Das geniale Menschentum ist das große geistige Ziel unseres Kampfes. Nicht du, sondern wir. Und wir alle um der großen Idee willen, die zu erfüllen die Menschheit berufen ist. Genialität soll sein. Genialität in ihrer reinsten und tiefsten Art. Selbstlos soll alles sein, liebend, Liebe.

„Lied, so... nicht die Liebe des kapitalistischen Alltags, die mit Mühseligkeit und sonstigem Dienst an der Armut... ist dich, Liebe doch so klein! Sie soll wachsen. Sie soll... Sie soll genial sein. Sie soll die freien Menschen binden, so, wenn einen, großen und hohen Dienste, zum Dienste an der Idee selber. Die Liebe der Liebe, daß sie wachse und reife, in der Tiefe und tiefer hinein in die Tiefe ihres heiligen Geistes.“

Zeit und Zahl.

Das Jahr wird nach astronomischen Gesetzen bestimmt. Schon alte Kulturen hatten aus dem Laufe der Gestirne die Zeit berechnet und eingeteilt. Zeit und Zahl sind unentrennbar, seit man die Zahl zur Einteilung des Lebens gefunden, und weil die Zahl so eng mit dem Leben verbunden war, darum zu allen Zeiten diese Sorgen und Ängsten, die man der Zeit anlichtete. Die Zahl wurde zum Überglauben. Das Wesen der Zahl wurde entstellt. Die Zahl als solche hat natürlich nichts Schreckliches. Die Zahl ist nur der Ausdruck der großen Gesetzmäßigkeit alles Geschehens. In dieser Art spielt sie auch in der modernen Philosophie noch eine Rolle, und es ist ein Wissenschaftler, der Vertreter des neukantianischen Idealismus, Hermann Cohen, der schreibt: „Wiederum zeigt sich Pythagoras als der ewige Führer: die Zahl ist das Sein.“

Wir wissen, daß sich das Weltgeschehen „nach ewigen, ehernen, trohen Gesetzen“ vollzieht. Doch nicht aber kennen

wir die Bedeutung, die die Zahl hierbei als Gesetzmäßigkeit spielt. In ganz bestimmten Perioden läuft so oft das Geschehen ab. So vermutet man Perioden von Tätigkeit und Ruhe in den Explosionen der Sonne, Perioden, die in ganz bestimmter Dauer einander ablösen, und darum auch in ganz bestimmter Dauer das Leben der Erde bestimmen.

Als ganz besonders wichtige Periodenzahl hat man seit langer Zeit die Zahl 7 beachtet, und nach Prof. Hellpachs Ausführungen auf dem Naturforschertage in Innsbruck ist die Sieben-Jahr-Periode in Goethes Lieben und Dichten, die zuerst von Möbius nachgewiesen wurde, jetzt einwandfrei festgestellt. Einsteinstellen haben wir hier noch eine vereinzelte Erscheinung. Auch ist eine kosmische Sieben-Jahr-Periode noch nicht mit Sicherheit erkannt, doch ist eine 28tägige Periode erwiesen. Wir finden sie nicht nur in dem tierischen und pflanzlichen, sondern auch in der geistigen Welt. Wie weit diese irdischen Perioden auf kosmische Gesetzmäßigkeiten zurückzuführen sind, ist noch nicht festgestellt. Archenius u. A. vertritt die Mondgebundenheit epileptischer Anfälle, wie er auch für die Menstruation das Wirkungsmittel in der mondbestimmten mittelelektrischen Periode sieht.

Trotzdem wir heute mehr zu einer 28tägigen Periode als zur Anerkennung der 7 zeigen müssen, spielte die 7 seit den babylonischen Zeiten eine große Rolle, und einen Rest dieser Vererbung der 7 finden wir noch heute darin, daß jeder 7. Tag uns der Ruhetag ist. Der 7., 14., 21. und 28. Tag des Monats galten schon den Babyloniern als die Tage, die heilig waren und an denen keine Arbeit verrichtet werden durfte, weil diese Arbeit unheilbringend sein sollte. So griff das Magische der Zahl auch bestimmend in das Arbeitsleben hinein.

Andererseits aber ist der Begriff der Zahl aus dem Arbeitsleben heraus geworden. Wenn primitive Völker die Zahl zwecklos haben, so haben sie sie gefunden, nicht durch die bloße Erforschung der Dinge, wie sie etwa die paarigen Organe des Körpers darbieten“ (v. d. Steinen). Aus der Tätigkeit heraus mußte die Erkenntnis der 7 gewonnen werden. Die herausgehende Erkenntnis der Zahl wurde erarbeitet. „Die Tätigkeit des Zerlegens war immer dieselbe, die Dinge wechselten beliebig; so kam man dazu, von ihrer Natur abzusehen, und hatte die Abstraktion der Zahl 2. Aber nur durch die Tätigkeit war sie gewonnen.“

Die Entwicklung, die die Zahl von der Erkenntnis der 2 bis zur modernen Mathematik und Statistik genommen hat, ist ein Triumphzug des menschlichen Geistes. Sie ist aber auch ein Triumpfzug des Erkenntnis, daß Ordnung der große Gedanke alles Geschehens ist. Und wenn wir auch das Periodische in der Geschichte des Geschehens noch nicht kennen, es unterstützt nur die Erkenntnis, daß alles Geschehen nach ganz bestimmten Gesetzen sich vollzieht und daß des Menschen höchste Erfüllung die ist, auch selber das ganze Zusammenleben bewußt nach Plan und Ordnung zu gestalten.

Bayerische Porzellanindustrie im Lichte politischer Kritik.

Unser Kollege, der bayerische Landtagsabgeordnete und Redakteur Hans Dill-München kritisierte bei der allgemeinen Besprechung des Staatshaushaltsplanes als Generalredner der sozialdemokratischen Fraktion u. a. auch die soziale Minderwertigkeit der bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Helld. Dabei kam er auf Feststellungen in der feinkeramischen Industrie und auf das Verhalten einiger prominenter Vertreter der oberfränkischen Porzellanindustrie zu sprechen. Die Ausführungen über dieses Kapitel halten wir für so allgemein interessant, daß wir sie im Wortlaut bringen. Kollege Dill führte dazu aus:

Auf die wirtschaftlichen Darlegungen des Herrn Finanzministers kann ich ebenfalls nicht ausführlich eingehen. Nur eines sei gesagt: Es gibt Leute, die der Wirtschaftskrise Herr werden wollen durch einen möglichst weitgehenden Abbau der Sozialpolitik, die, ohne die Umwälzungen auf dem Weltmarkt zu beachten, auch hier auf dem wirtschaftlichen Gebiete des falschen Glaubens sind, in der Rückkehr zu der früheren Zeit sei allein das Heil. In diesen Wirtschaftstheoretikern wird nach seiner letzten Exkursreise auch der bayerische Herr Ministerpräsident gerechnet. Er hat dort in Bayreuth in einer Rede nach den Berichten bürgerlicher Blätter erklärt, der Achtstundentag sei ein Verhängnis für unser Volk.

„Sehr richtig!“ sagt der Herr Kollege Hilpert! Ich will das nur konstatieren. Daß Sie es sagen, Herr Kollege Hilpert, wundert mich nicht. Aber daß es ein oberer Staatsbeamter sagt, das wundert mich. Der Herr Ministerpräsident hat dann, immer nach den Berichten bürgerlicher Zeitungen, mit folgendem Satze geschlossen: „Mehr arbeiten und mehr sparen, nicht sowohl reden und agitieren!“ Ich nehme an, den letzten Satz hat der Herr Ministerpräsident für alle gesprochen, sich natürlich angenommen. Denn von dem Herrn Ministerpräsidenten wissen wir ja, daß er nicht viel redet, und agitieren tut er schon gleich gar nicht.

Aber was die Bemerkung über den Achtstundentag anbelangt, so muß ich als oberfränkischer Abgeordneter, der jahrelang in der oberfränkischen Porzellanindustrie gearbeitet hat, doch sagen, daß er diese Ausführungen aus ungeeigneten Erte gemacht hat. Diesen Satz über den Achtstundentag durfte noch ein Dr. Selim in Tümmenhausen sprechen, wenn er die christlichen Bauern gegen die Republik aufzubauern will.

Da verstehe ich es. Aber wenn der Herr Ministerpräsident in Bayreuth, am Orte des Herrn Casselmann, des Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Porzellanfirma Philipp Rosenbach, solche Ausführungen macht, dann scheiden sie an ungenügender Erte. Ministerpräsident Dr. Helld: Sie sind sogar in Hof getan!

Dort sind sie noch ungeeigneter! Wenn Sie die Dividenden der Hesper Textilindustrie kennen und wenn Sie wissen, wie die Arbeiterjahre in Oberfranken immer entlohnt wurde, und wenn Sie wissen, daß die ganzen Ertragsleistungen, die Sie als Einkäufer bezeichnen, eine Folge sind des wirtschaftlichen Druckes, den jene sogenannten liberalen Herren vor dem Kriege schon — und im Kriege erst recht — ausüben haben trotz hoher Kriegsgewinne, dann wundert es mich, daß Sie gerade am allerungeeigneten Orte diese Ausführungen gemacht haben. Denn abgesehen von allem, der Achtstundentag ist kein Verhängnis für die Industrie in Oberfranken, im Gegenteil, er gereicht ihr zum Segen. Ich verlange nicht, daß der Herr Ministerpräsident, wenn er nach Oberfranken fährt, schließlich gar einmal einen sozialdemokratischen Arbeiterabgeordneten fragt über verschiedene. Das haben königliche Ministerpräsidenten auch nicht getan, dann brauchen es wohl freistatliche auch nicht machen. Aber er hätte vielleicht einige seiner höheren Beamten von der Regierung in Bayreuth fragen können. Dann würde er gefunden haben, daß der Gewerberat von Oberfranken schon 1920 in seinem Jahresberichte festgestellt hat:

„Eine Steigerung der Arbeitsintensität bei der achtstündigen Arbeitszeit konnte in manchen Betrieben der Granit-, Porzellan- und Zigarrenindustrie bei Stücklohnarbeitern, die vereinigt sogar eine höhere Arbeitsleistung erreichten wie bei der neun- und zehnstündigen Arbeitszeit festgestellt werden.“

Das ist eine amtliche Feststellung. Ich habe hier eine Statistik über 42 größere und kleinere Betriebe aus der Feinkeramik und, wenn es nicht allzuviel Zeit in Anspruch nehmen würde, würde ich daraus ausführlich vortragen. Es würde sogar auch jene, die die gesundheitschädliche Arbeit in der Porzellanindustrie nicht kennen, interessieren, wenn sie erfahren, wie das Produktionsergebnis in diesen Betrieben gerade infolge des Achtstundentags gestiegen ist. Von einem Betriebe, der 800 Arbeiter hat, ist festgestellt, daß er in der Drehereiabteilung, in der die gelernteren Dreher beschäftigt sind, 50 Arbeitsplätze seit der Einführung des Achtstundentags nicht mehr besetzen brauchte, weil die übrigen Dreher, also minus 50, genau soviel Geschirr geliefert haben, als vor dem Kriege 50 Dreher mehr bei zehnstündiger Arbeitszeit geliefert haben.

Ich könnte die Stückzahl anführen von gelernten Arbeitern, von ungelerten Arbeitern in diesen Betrieben und damit beweisen, wie sie gerade durch den Achtstundentag gestiegen ist. Einzelne Produktionsergebnisse in manchen Fabriken weisen eine Steigerung bis zu 157 Proz. auf.

Woher kommt das? Es gibt verschiedene Abteilungen in diesen Industrien gerade bei der Rohherstellung des Porzellans, in denen der Arbeiter den Tag über soviel gesundheitschädlichen schweren Staub verschluckt, daß er bei zehnstündiger Arbeitszeit so ermattet, soviel Durst bekommt, daß er aus der Fabrik nach Hause geht, schließlich noch eine halbe oder zwei Vier trinkt, sich dann schlafen legt, seine Lunge nicht auspumpt und den anderen Tag früh in vollständig erschöpftem Zustand in die Fabrik kommt. Nach achtstündiger Arbeitszeit verläßt der Arbeiter die längste Zeit im Jahr am helllichten Tage die Fabrik. Er trinkt dann nicht Vier, sondern geht ins Freie und geniest zunächst einmal dabei die Widerstandskraft gegen den Alkohol, weil er sieht, wie gut ihm die frische Luft tut. Er kommt folglich am nächsten Tage gekräftigt und gestärkt, gelobt an den Herrlichkeiten der Natur, an die Arbeitsstätte und schafft dann bei achtstündiger Arbeitszeit unter Umständen das Doppelte gegen früher bei zehnstündiger Arbeitszeit. Die Beweise sind da. Darum kann ich nicht verstehen, wie man aus höchstem Regierungsmunde eine derartige Erklärung abgeben kann. Ich könnte, wenn man davon spricht, daß die Ausgaben für die Industrie eingespart werden müssen, damit sich unser Wirtschaftsleben wieder besser erholt, wenn man von der Rentierlichkeit der Betriebe spricht, dem Herrn Ministerpräsidenten einige Dinge erzählen. Ich kenne einen Generaldirektor einer großen Porzellan-Altiengeellschaft, die mehrere Betriebe hat, der Herr Ministerpräsident kennt ihn auch, der bayerische Herr Gesandte von Regier kennt ihn vielleicht noch besser; aber ich glaube, am allerbesten kennt ihn der Herr Sozialminister. Von sehr glaubwürdiger Seite weiß ich, daß dieser Generaldirektor ein Jahreseinkommen von rund einer halben Million hat.

Er leistet sich drei Haushaltungen, eine in Bozen, eine am Starnbergersee, eine in Berlin. Im Jahre zieht er drei- bis viermal zwischen diesen Haushaltungen auf Kosten der Firma hin und her, aber nicht etwa bloß allein, sondern mit Kind und Kegel, aber nicht etwa nur mit Frau und Kind, sondern mit dem Personalaus, das auf der Wahn verfrachtet wird, mit den Nachpferden für die Chaise, den Reispferden und was alles noch drum und dran hängt. Das alles wird im Jahre drei- bis viermal zwischen diesen Orten hin und her geschickt. Leute, die einigermaßen rechnen können, haben sich ausgerechnet, daß diese Speise mindestens soviel betragen, wie der Bau von zehn Arbeiterwohnungen. Aber für den Bau von Arbeiterwohnungen hat dieser Herr keinen Pfennig übrig. Im Gegenteil, sein Aufsichtsratsvorsitzender Casselmann hat die Regierungsbeamten in Bayreuth solange gepeinigt, bis ihm von dort beinahe von dem Baugeld, der der Stadt vom Ministerium aus angewiesen war, noch 60 000 Mk. abgezwickelt worden waren zum Bau von Arbeiterwohnungen, aus denen er dann später die

Arbeiter wieder nach Belieben hinauswerfen könnte. Dieser Mann hat keinen Pfennig übrig, wenn es sich darum handelt, daß in einer Gemeinde mit 15 000 Einwohnern, die aus lauter Industriearbeitern besteht, ein Schulhaus gebaut werden soll, damit man dort eine Realschule errichten könne. Dafür hat dieser Herr keinen Pfennig.

Ich kenne einen anderen Unternehmer aus der Porzellanindustrie, der Herr Ministerpräsident kennt ihn seit einigen Tagen auch, dessen Entwicklung ich als Porzellanarbeiter von seinen kleinsten Anfängen an verfolgen konnte. Ich beneide ihn nicht um seinen Besitz. Der Mann, der keine Kinder zu ernähren hat, ist heute der größte Grundbesitzer in seiner Industriestadt. 10 Proz. des ganzen Grund und Bodens der Gemarkung der Industriestadt gehören ihm. In einem Dorfe in unmittelbarer Nähe der Industriestadt hat er zwei Bauernhöfe gekauft. In einer Dorfgemeinde, einige Stunden von seiner Industriestadt entfernt, hat er ein großes Gut gekauft. Der Mann hat in München so viele Wohnhäuser, daß er hier einen eigenen Hausverwalter hat. Für den Bau einer Realschule in Zell, um einen geistigen Nachwuchs für die Industrie heran zuziehen, hat er keinen Pfennig übrig. (Zuruf des Abgeordneten Eisenbeis: Das ist ein Kommerziant!) Dafür bemüht er sich bei dem Herrn Ministerpräsidenten, daß der Staat für die notwendigsten kommunalen Bauten in Zell einspringen soll. Auf diese Weise möchte er nämlich als Wohlthäter für seine Heimatgemeinde erscheinen.

Darum glaube ich, als der Herr Ministerpräsident mit diesen Herren beisammen war, hätte er richtiger gehandelt, wenn er ihnen ins Gewissen geredet und erklärt hätte, sie sollten nicht vergessen, was sie dem Schwelge ihrer Arbeiter zu verdanken haben. Sie sollten der Not ihrer Gemeinden stets gedenken und sich daran erinnern, daß sie von den Schultern der Gemeindeeinwohner zu Wohlstand und Reichtum emporgehoben wurden.

All den Unternehmern müßten darum sozial weitblickende Staatsmänner zurufen: Nicht Abbau des Achtstundentags, sondern nun erst recht Sozialpolitik! Denn wir sind als armes Volk eben nicht in der Lage, daß wir unser wertvollstes Gut — und das ist die Arbeitskraft — verschleudern. Wir haben nicht nur mit dem Augenblicke zu rechnen, wir haben nicht nur mit dem momentanen Profitrate einzelner Unternehmer zu rechnen, sondern mit einer Zukunft voll schwerer Kosten, für die wir unser Volk kampft- und arbeitsfähig erhalten müssen. Wenn das arbeitende Volk zusammenbricht: die Herren Aktionäre der Firma Rosenthal und die sonstigen dieser Art reichen das deutsche Volk nicht aus dem Schlamassel heraus. Meine Partei wird bei der Beratung des Sozialrats und bei Behandlung unserer Anträge über sozialpolitische Maßnahmen diesen Standpunkt näher begründen und erwartet dabei Verständnis und tatkräftige Mithilfe der Staatsregierung.

Den sogenannten Wirtschaftsführern aber, den Syndikali der Unternehmerverbände und verschiedenen anderen, die sich selbst immer als Wirtschaftsführer bezeichnen, möchte ich nahelegen, daß sie statt der Organisierung des Kampfes gegen die Rechte der Arbeiter sich einmal dem Studium der Frage widmen möchten, wie es kommt, daß die amerikanische Industrie gegenüber der deutschen Konkurrenzfähigkeit bleibt, obwohl amerikanische Arbeiter bei ebenfalls nur achtstündiger Arbeitszeit nominell viermal soviel verdienen als deutsche Arbeiter.

Die Möglichkeiten erfolgreicher Wirtschaftsförderung liegen nach meiner Auffassung eben nicht im Abbau der Sozialpolitik, sondern sie liegen auf dem Gebiete europäischer und internationaler Produktionspolitik. Die Produktion kann gesteigert werden, aber sie braucht niemals auf Kosten der Verlängerung der Arbeitszeit gesteigert zu werden. Wenn die Produktion allein auf Kosten der Verlängerung der Arbeitszeit gesteigert werden müßte, dann wäre der betreffende Produktionsapparat, um den es sich jeweils handelt, nicht mehr wert, als daß er zugrunde geht.

verständigten sich alle Fischhändler, die Fische lieber verderben zu lassen als anzufaufen, während die Bevölkerung Hunger leidet. Wäre der Fisch auf den Markt gekommen, so wäre der Fleischpreis entlastet worden und hätte damit eine Senkung des Gemüsepriees und des Standes anderer Nahrungsmittel im Gefolge haben können.

Das Sinken einer Währung beruht auf Vertrauensmangel. Die französische Regierung, die lieber das Volk verkommen läßt, als daß sie gegen vertrauensunwürdige Elemente einschreitet, darf sich also nicht wundern, wenn der Franken weiter auf dem absteigenden Wege bleibt. Kurt Lens, Paris.

Unsere Ausfuhr nach Spanien.

Falsch angebrachte Rücksicht auf die kleine Gruppe der Winger hat zur Kündigung des Handelsvertrages mit Spanien geführt. Dadurch ist die gesamte deutsche Industrie aufs schwerste getroffen. Vergeblich haben Gewerkschaften, Handelskammern und Industriellenverbände in letzterem Einmütigkeit gegen das Vorgehen der Regierung protestiert. Dieser kam es vor allem darauf an, es nicht mit der Landwirtschaft und den ihr nahestehenden rechtsgerichteten Kreisen zu verderben. So wurden die Interessen der Industrie leichtfertig geopfert und damit die Wirtschaftskrise in weitestem Ausmaß vergrößert. An das Kapitel der Preisentlastungsaktion schließt sich das Kapitel der Handelsvertragsverhandlungen an.

Wenn auch der Vertrag mit Spanien mancherlei Wünsche unerfüllt ließ, wenn wir auch nicht die von uns geforderte Meistbegünstigung erhalten konnten, so ist doch nicht zu leugnen, daß das Abkommen bedeutende Vorteile bot. Die folgenden Zahlen über unsere Ausfuhr nach Spanien an keramischen Produkten (in Doppelzentnern und jeweils mit Monatsdurchschnitt ungerundet) geben über die sprunghafte Steigerung des Exports ein anschauliches Bild.

| | 1. Halbjahr 1924 | 1. Halbjahr 1925 | 3. Vierteljahr 1925 |
|-------------------------------------|------------------|------------------|---------------------|
| | dz | dz | dz |
| Feuerfeste Steine | 818 | 1080 | 2723 |
| Porzellanisolatoren | 231 | 388 | 376 |
| Porzellangefäße | 429 | 868 | 992 |
| Luzusgegenstände aus Porzellan | 63 | 47 | 56 |
| Div. Glasflaschen | 190 | 931 | 633 |
| Weißes Glasflaschen | 624 | 549 | 607 |
| Weißes Besenstängelglas | 12 | 32 | 61 |
| Gefärbte Gläser | 141 | 104 | 77 |
| Gefärbte Gläser | 16 | 47 | 72 |
| Photogr. Trockenplatten | 42 | 62 | 197 |
| Fenstergläser | 3 | 3 | 3 |
| Div. optische Gläser | 5 | 16 | 19 |
| Photographische Linsen und Apparate | 9 | 9 | 19 |
| Hollergläser und Glas | 39 | 49 | 59 |
| Div. Glas- und Schmelzwaren | 63 | 57 | 79 |
| Glasinstrumente | 31 | 48 | 113 |

Wie günstig sich die Dinge für die feinkeramische Industrie im besonderen durch Abschluß des spanischen Handelsvertrages angelassen hatten, mag folgende Aufstellung ergeben:

Deutsche Ausfuhr nach Spanien in Doppelzentnern.

| | 1. Halbjahr 1924 nach | | und nach Inkrafttreten des Handelsabkommens | | | | |
|----------------------|-----------------------|--------------|---|------|------|------|---------|
| | Julifreitren | Janifreitren | Sept. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. 25 |
| Steingutgeschirr | 74 | 124 | 103 | 55 | 135 | 41 | |
| Porzellanisolatoren | 239 | 113 | 409 | 221 | 428 | 817 | |
| Porzellan: | | | | | | | |
| weißes Tafelgeschirr | 1 | 7 | 15 | 10 | 9 | 14 | |
| Tafelgeschirr farbig | 429 | 481 | 675 | 979 | 952 | 1078 | |
| Hiergefäße | 63 | 48 | 77 | 77 | 86 | 44 | |
| Knöpfe | 11,5 | 14 | 14 | 24 | 40 | 15 | |
| Apparate | 2,3 | — | 2 | — | 4 | 5 | |

Diese günstige Entwicklung der feinkeramischen Ausfuhr nach Spanien ist durch die Kündigung des abgeschlossenen gewesenen Handelsabkommens wieder jäh unterbrochen und wahrscheinlich auf seinen Stand vom 1. Halbjahr 1924 zurückgeworfen, der vielfach in den einzelnen Positionen niedriger war als der Monatsexport nach Inkrafttreten des Handelsabkommens. Die feinkeramische Industrie, die auf Auslandsmärkte angewiesen ist, wird durch die Wirtschaftspolitik der Reichs- und Rechtsregierung stark geschädigt.

Die Kündigung des Vertrages war also ein schweres Verbrechen, und dies um so mehr, als damit die ständige Notlage der Winger auf die Dauer doch nicht gehoben werden kann. Das deutsche Klima ist dem Weinbau nicht so günstig wie das südländische und lohnt daher nicht die große Arbeit, die auf die Pflege der Reben verwandt werden muß. Daher ist auch die beträchtliche Unterstützung von über 100 Millionen Mark, die die Regierung den Wingern zukommen ließ, eine zwecklose Verwässerung gewesen.

Neben der Kündigung des Vertrages mit Spanien haben die Winger auch den unbefriedigenden Ausfall des Handelsabkommens mit Italien auf dem Gewissen. Hier wie dort stand die kleine Schaar der Winger den gewaltigen Massen, die zur Industrie zählen, hindernd im Wege, zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft.

Die Verhandlungen mit Spanien sind wieder im Gange. Soll die Regierung nicht wieder den Klagen der Winger erliegen, so muß sie endlich Gewerkschaftsvertreter zu den Verhandlungen heranziehen, wie es schon lange von uns gefordert und von der Regierung auch mehrfach versprochen worden ist.

Die Bekämpfung der Lungentuberkulose.

Die Bekämpfung der Lungentuberkulose sehen die Krankenkassen als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an. Die Mittel, die dafür aufgebracht werden, würden zum Teil ihren Zwecken verfehlen, wenn nicht eine Einheitlichkeit in der Bekämpfung der Tuberkulose durch alle Versicherungsträger (Landesversicherungsanstalten, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Reichsversicherungsanstalt für Arbeiter und private Unfallversicherungen) erfolgen würde. Aus diesem Grunde hat der Ausschuss für die Sozialversicherung des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose mit den Trägern der Sozialversicherung Leitfäden für die Bekämpfung auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung angenommen. In erster Linie soll zur planmäßigen Bekämpfung der Tuberkulose jedem

Tuberkulose, ob er versichert oder nicht versichert ist, eine geordnete Fürsorge zuteil werden. Für die Durchführung dieser fürsorglichen Maßnahmen werden die Tuberkulose-Fürsorgestellen in den Städten und Industriezentren errichtet, die durch Gemeinde-Pflegestationen (Schwehlerstationen) auf dem Lande ergänzt werden. Für den Bereich einer Landesversicherungsanstalt soll eine Arbeitsgemeinschaft der Sozial-Reichsversicherungsträger gebildet werden, deren Aufgabe es sein muß, für die finanzielle Sicherstellung der Tuberkulosefürsorge bezw. Gemeinde-Pflegestationen zu sorgen; weiter einen zuverlässigen arbeitenden Nachridten-dienst bezüglich eines jeden Tuberkulosefall zwischen den Mitgliedern der Versicherungsträger und den Tuberkulosefürsorgestellen, den Heilstätten und Krankenanstalten einzurichten, für die Durchführung des Heilverfahrens für heilbare und besserungsbedürftige Tuberkulose besorgt zu sein. Die Unterbringung der ansteckenden, unheilbaren Krankheiten in geeigneten Anstalten zu veranlassen und Richtlinien für ein einheitliches Heilverfahren in der Kinderfürsorge, sowohl hinsichtlich der Kostenübernahme wie auch der Art der Unterbringung nach Krankheitszuständen, festzulegen, ist ebenfalls Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft. Bei der Auswahl und Sichtung der Kinder ist auf die Mitwirkung der Tuberkulosefürsorgestellen, Schul- und Kommunalärzte Bedacht zu nehmen. Weiter soll die Arbeitsgemeinschaft ihr Augenmerk auf die Förderung der Fortbildung von Ärzten, insbesondere Fürsorge-, Kreis- und Schulärzte in der Erkennung und Behandlung der Tuberkulose richten. Das gleiche gilt auch für die Fürsorge- und Gemeindepflegestellen.

Für die Ausnahme in Lungenheilstätten sollen nur aktive Tuberkulose aus allen Städten, die Aussicht auf Heilung und Besserung bieten, in Betracht kommen. Unheilbare sollen in einer Tuberkuloseheilstätte nur so lange bleiben, soweit dadurch die eigentlichen Aufgaben der Anstalt nicht beeinträchtigt werden. Die Tuberkulosebehandlung für Erwachsene wie für Kinder in den Heilstätten soll nach den Grundrissen klinischer Krankenhäuser gestaltet werden. Die Leitfäden werden außerdem dazu beitragen, daß in Zukunft anzustellende Ärzte der Tuberkuloseheilstätten nur Sachärzte auf dem Gebiete der Tuberkulose sind und eine gute Ausbildung für innere Medizin haben. Eine besondere Aufgabe der Versicherungsträger wird es sein, den Kurverfolg nach beendeter Heilbehandlung sicherzustellen, und vor allem ihr Augenmerk auf wirtschaftliche Fürsorge hinsichtlich der Wohnung, Nahrung, Kleidung und Arbeitsbeschaffung zu lenken.

Durch diese Vereinbarung ist auf dem Gebiete der Bekämpfung der Lungentuberkulose ein wichtiger Schritt vorwärts getan. Die Sozialversicherungsträger werden im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel bestrebt sein, diese Richtlinien so durchzuführen, daß sie den Zweck wirklich erfüllen, für den sie geschaffen sind.

Die Gewerkschaften sind die wirtschaftlichen Schutzgebilde der Arbeitenden.

Reicht euch ein in die Gewerkschaften! Je geschlossener sie sind, je mehr für sie gepfert wird, desto größere Vorteile auf allen Gebieten vermögen sie zu gewahren.

